



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Energiewende, jetzt – Die Grünliberalen zeigen wie!
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Tel.: +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	8. Juni 2011

Energiewende jetzt – weil sie ökologisch, aber auch ökonomisch sinnvoll ist

Die Grünliberalen nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass die Mehrheit des Parlaments dem Bundesrat bzw. seinem Grundsatzentscheid zur Energiewende und damit dem grünliberalen Weg folgt. Wie die Energiewende konkret aussehen soll, wissen die Bundesratsparteien noch nicht. Die glp lanciert ihre Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ und weist damit auf, wie der kostenneutrale Atomausstieg in Kombination mit Klimaschutz anzugehen ist. Ebenfalls fordert die Partei jetzt die Stromkonzerne auf, ernsthaft die Reduktion des Stromverbrauchs anzustreben. Die Partei erwartet rasche Tarifierpassungen und Anreizsysteme, die den sparsamen Umgang mit Strom belohnen.

Die Grünliberalen freuen sich über den heute vom Parlament bestätigten Bundesratsentscheid zum Einstieg in den Atomausstieg. Der Druck der kommenden Wahlen im Hinterkopf spürend, haben heute eine Vielzahl von Bürgerlichen mit den geschlossenen grünen und linken Parteien richtig entschieden und den grünliberalen Weg übernommen. Damit hat der Nationalrat heute der Wirtschaft ein klares und verbindliches Signal geschickt. Für eine Schweizer Energiepolitik, welche systematisch auf Erneuerbare Energie umgebaut werden soll. Für eine Chance des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Die Grünliberalen haben heute konsequent alle Vorstösse gegen neue Kernkraftwerke, für einen schrittweisen Ausstieg, für Erneuerbare und Energieeffizienz unterstützt.

Für die Grünliberalen ist klar, dass auch nach dem heutigen Grundsatzentscheid die Sicherheit in jeden Fall vorgeht. Die Partei hat aber heute für ihr Motion zum Verzicht auf Plutonium-Mischoxid-Brennelemente (MOX) unverständlicherweise keine Mehrheit finden können. Die Mehrheit des Parlamentes ist damit bereit, weiterhin ein unnötiges Zusatzrisiko einzugehen. Die Grünliberalen werden dafür einstehen, dass alle vom ENSI geforderten Nachrüstungen unverzüglich umgesetzt werden und das ENSI den Verzicht von MOX-Elementen aus Sicherheitsgründen verfügt. Einen sofortigen Ausstieg können die Grünliberalen grundsätzlich nach wie vor nicht mittragen, weil dies ökonomisch fragwürdig wäre und zu zusätzlichem CO₂-Ausstoss führen könnte. Hingegen stellt sich beim KKW Mühleberg ökonomisch und auch aus Sicherheitsgründen die ernsthafte Frage, ob die frühere Abschaltung nicht der nachhaltigere Weg wäre.

Dass dieser heutige Entscheid erst einen Einstieg zum Ausstieg darstellt und dieser Ausstieg kein Sonntagsspaziergang wird, ist klar. Um die Energiewende erfolgreich umsetzen zu können, braucht es aus Grünliberaler Sicht nun vor allem auch ein Umdenken der Stromkonzerne, welche es gilt im Dienste ihrer Eigner – also der Stimmbürgerinnen und -bürger – in die Pflicht zu nehmen.

Die Stromkonzerne haben es in der Vergangenheit verpasst, die Zeichen der Zeit zu erkennen und haben ihr Vermögen lieber in teure Pro-Atomstrom-Werbekampagnen investiert als in die Förderung von erneuerbaren Energien. Die Gefahr besteht, dass die gleichen Entscheidungsträger weiterhin den Weg für zukunftssträchtige Energien versperren wollen – dies hat das verstärkte Lobbying vor der heutigen Debatte deutlich gezeigt. Die Grünliberalen zweifeln, dass das notwendige Umdenken auf der Teppichetage der Stromkonzerne stattgefunden hat. Sicher ist, dass diese Verantwortungsträger nun in die Pflicht genommen werden müssen, um sicherzustellen, dass sie die neue Energiepolitik des Bundes rasch und im

Sinne der heutigen Beschlüsse konsequent umsetzen. Falls dies nicht gelingt, hat der Eigner die personellen Konsequenzen zu ziehen. Die Grünliberalen erwarten von den Stromkonzernen, dass sie

- Ihre Rahmengesuche für neue Kernkraftwerke sofort zurückziehen.
- Ihren Fokus zu 100% auf Energieeffizienz und Erneuerbare legen d.h. dass nun endlich in eine ernsthafte Reduktion des Stromverbrauchs investiert werden soll.
- Durch die Verlängerung der Betriebszeiten generierte Zusatzgewinne sollen in Effizienzmassnahmen und Erneuerbare Energien investiert werden, beispielsweise mit der von den Grünliberalen Risikoprämie siehe http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20110434

Kostenneutraler Ausstieg dank „Energie- statt Mehrwertsteuer“

Die Grünliberalen lancieren am 18. Juni 2011 die Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“, ein staatsquotenneutraler Umsetzungsvorschlag der diesen Atomausstieg realisierbar macht.

Mit der Einführung einer Energiesteuer auf nicht erneuerbarer Energie werden Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien ökonomisch interessant. Die Abschaffung der komplizierten Mehrwertsteuer befreit Wertschöpfung von Steuern, stärkt Forschung und Innovation und reduziert die Administration bei Unternehmen und Staat. Der Verbrauch von Öl, Gas und Atomstrom wird sinken und der CO₂-Ausstoss reduziert: Auch bleiben Milliarden für Wertschöpfung im Inland statt ins Ausland abzufließen. Die fixe Verknüpfung des Ertrages an das Bruttoinlandprodukt sichert eine staatsquotenneutrale Umsetzung.

Zudem hält die Grünliberale Partei fest, dass die lang ersehnte Wende in der Energiepolitik und der Entscheid des Ausstieges mit den kürzlich vereinbarten Klimazielen im Einklang zu stehen haben.

Die Zukunft ist erneuerbar.

Die erneuerbare Zukunft ist machbar.